

Interview

Nein zu neuen AKW

Der Countdown läuft

Geht es nach den Stromkonzernen, werden in der Schweiz drei neue AKW gebaut. Wird auch nur eines davon realisiert, bedeutet dies für die nächsten 50 Jahre das faktische Aus für die erneuerbaren Energien in der Schweiz.



Bild: Heiko Stegmaier

«Pro AKW müssen rund zehn Milliarden Franken in ein Projekt gebuttert werden, das eine Planungs- und Bauzeit von bis zu 20 Jahren hat»

Jürg Buri, Geschäftsführer der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Ein Gespräch mit Jürg Buri, Geschäftsführer der Schweizerischen Energie-Stiftung SES, die sich die Verhinderung der neuen AKW auf die Fahne geschrieben hat.

Herr Buri, wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass in der Schweiz ein neues AKW gebaut wird?

Das ist schwer zu sagen, aber ich denke, dass die Wahrscheinlichkeit bei unter 50% liegt ...

Und wie sicher ist es, dass, wenn man mit dem Bau beginnt, dieses AKW auch in Betrieb geht?

Ich gehe mal davon aus, dass, wenn man 10 Milliarden in den Bau eines neuen AKW investiert, man dieses auch um jeden Preis ans Netz bringen will. Einzig ein schwerer Reaktorunfall in Europa könnte sowas dann noch verhindern. Und dieses Szenario wird angesichts des immer älter werdenden AKW-Parks leider immer wahrscheinlicher.

Welches sind die triftigsten Argumente, die, neben der Gefahr der Verstrahlung durch einen Unfall, gegen AKW sprechen?

Was ein Unfall bedeutet, hat uns gerade wieder der Jahrestag des Reaktorunfalls in Tschernobyl gezeigt: Noch heute, 24 Jahre danach, geht man von Tausenden von Menschen aus, die unter Folgekrankheiten der nuklearen Verstrahlung leiden. Aber es spricht noch mehr gegen AKW als das Sicherheitsrisiko: Wenn eines oder mehrere gebaut werden sollten, heisst das, dass das heutige Business-Modell der Energieversorger für weitere 60 bis 80 Jahre zementiert wird. Das dreckige, aber noch lukrative Dreieck heisst AKW, Kohlekraftwerke, Pumpspeicher und dazwischen Hochspannungsleitungen. Damit verwandeln wir die Überschüsse an dreckigem Atom- und Kohlestrom aus dem In- und Ausland in «sauberen» Wasserstrom und verkaufen ihn zu Spitzenzeiten ins Ausland weiter. Die heutige Strategie ist nicht auf die

Landesversorgung ausgelegt, sondern auf Profitmaximierung im internationalen Stromhandel. Für unsere Landesversorgung brauchen wir keine neuen AKW. Das schaffen wir auch mit erneuerbaren Energien und sparsamen Stromanwendungen.

Schweden hat vor 30 Jahren mit seinem beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2010 eine Vorreiterrolle übernommen. Nun wird das schwedische Parlament im Sommer eine Gesetzesvorlage behandeln, die diesen Ausstieg aus Gründen des Klimaschutzes rückgängig machen will. Was ist Ihr Kommentar dazu?

Laut meinen Informationen sind die Chancen intakt, dass das Gesetz nicht durchkommt. Trotzdem, es ist wahnwitzig zu glauben, dass das Klima dank der Atomenergie gerettet werden kann, denn nur gerade 2,5% des weltweiten Energieverbrauchs werden mit Atomstrom gedeckt. Zudem produzieren auch AKW CO₂, mit steigender Tendenz. Denn die Uranvorkommen sind begrenzt und immer schwerer abzubauen. Wer AKW als Klimaretter bezeichnet, hat schlicht und einfach nicht genug nachgedacht.

Wie gut haben sich die verschiedenen Verbände und Organisationen, die gegen den Bau neuer AKW sind, vernetzt?

Sehr gut, 32 Organisationen haben sich in der «Allianz Nein zu neuen AKW»,

kurz ANNA, zusammengeschlossen. ANNA koordiniert die Arbeiten rund um das Referendum gegen den Neubau und beobachtet die Prozesse. Dank einer gemeinsamen Abstimmungskampagne wird es möglich sein, das Referendum zu gewinnen.

Wie stehen die Chancen?

Wenn wir die Bevölkerung mobilisieren können, sicher gut. Aber es ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, dass mit ungleichen Spiessen gekämpft wird. Wenn alle Organisationen mitmachen, wird die ANNA über ein Budget von einigen wenigen Millionen Franken verfügen. Die quasi staatliche Stromwirtschaft investiert schon heute Millionen in Greenwashingkampagnen, Fernsehwerbung und Sportsponsoring und wird wohl fürs Referendum noch einmal 50 oder mehr Millionen investieren. Denn für die grossen Stromer geht es um den Erhalt ihrer Marktmacht.

Dürfen denn die Energieversorger, die zum Teil staatlich sind, für oder gegen AKW Stellung beziehen?

Das ist eine Grundsatzfrage, die politisch noch nicht geklärt ist. Die BKW zum Beispiel, die in Mühleberg neu bauen will, gehört zur Mehrheit dem Kanton Bern. Es ist politisch sehr fragwürdig, wenn sich staatliche Firmen völlig einseitig in politische Ausmachungen einmischen. Zum Beispiel hat die BKW kürzlich gegen eine halbe Million Franken in die Abstimmung im Kanton Waadt gesteckt, um die Bevölkerung von der unbefristeten Betriebsbewilligung für Mühleberg zu überzeugen. Zum guten Glück hat die Gegenseite mit einem Bonsaibudget und besseren Argumenten die Abstimmung trotzdem klar gewonnen.

Wie sieht nun der Weg aus bis zum Referendum und der Abstimmung?

Die Kantone können zwischen Januar und März 2011 Stellung zu den Rahmenbewilligungen für die drei neuen

AKW nehmen. In 20 Kantonen können die Regierungen selber entscheiden, in vier Kantonen kommt es zwingend zu Volksabstimmungen, in zwei weiteren sind fakultative Referenden möglich. In Bern will die Regierung den Entscheid vors Volk bringen. Nach den Kantonen dürfen wir Verbände Stellung nehmen. Danach wird der Bundesrat einen Entscheid treffen und diesen dem Parlament vorlegen. Nach dem Parlamentsentscheid ergreifen wir das Referendum.

Wann wird das Volk abstimmen können?

Laut Bundesamt für Energie kann das Volk gegen Ende 2013 oder Anfang 2014 Nein zu neuen AKW sagen. Sollten wir verlieren, was ich natürlich überhaupt nicht hoffe, könnten dann die Baubewilligungen eingereicht werden, sprich die Energieversorger müssten sich auch entscheiden, welchen Typ AKW sie bauen wollen. Ein neues AKW könnte aber frühestens 2023 in Betrieb genommen werden.

Gibt es weitere Argumente gegen AKW, die wir nicht erwähnt haben?

Für mich ist das Investitionsrisiko doch erheblich: Stellen Sie sich vor, dass da pro AKW rund 10 Milliarden Franken in ein Projekt gebuttert werden müssen, das eine Planungs- und Bauzeit von bis zu 20 Jahren hat. Oft vergessen geht auch die Problematik der teuren Netzintegration solcher Riesenkraftwerke. Denn wer fünfmal mehr Strom als bisher von Mühleberg wegbringen will, braucht auch dickere und neue Leitungen, einerseits in Richtung Alpen zu den Pumpspeichern, andererseits in Richtung Grenze für den Import von Reserveenergie bei Kraftwerks-Ausfall. Es verwundert deshalb nicht, dass die Netzausbauwünsche genau dieser Logik folgen. Deshalb ist auch das Energieabkommen mit der EU wichtig für die Atompromotoren. Denn ohne Abkommen wird der Betrieb innerhalb der kleinen Schweiz kaum möglich

sein. Deshalb ist auch die SVP ziemlich auf dem Holzweg, wenn sie denkt, mit AKW die Auslandsabhängigkeit reduzieren zu wollen. Das Gegenteil ist der Fall: Das Uran muss importiert werden, und das neue AKW braucht die Einbindung in das europäische Netz. Da muss die Bauernpartei nochmals über die Bücher. Denn gerade die Landwirte wären die Gewinner einer hundertprozentig erneuerbaren Energieversorgung. Und vergessen wir nicht: Blocher hat damals Kaiseraugst versenkt. Hoffen ist also auch dieses Mal erlaubt.

Interview: Anita Niederhäusern

Informationen auf dem Internet

Hier sind die wichtigsten Informationen zu finden:

- Schweizerische Energie-Stiftung SES, www.energiestiftung.ch
- Die wichtigsten Argumente gegen die Atomkraft www.uranstory.ch
- Die offizielle Internetseite der Allianz «Nein zu neuen AKW» www.nein-zu-neuen-akw.ch oder www.diezukunftsterneuerbar.ch.